



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Einzelnummern 1 Sgr. 1 Pf. Sonntags- und Feiertagsausgaben 1 Sgr. 1 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 364. Mittags-Ausgabe.

Fünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 7. August 1869.

Deutschland.

Breslau, 6. Aug. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Kreisgerichts-Rath Siewert zu Marienwerder, dem Rechnungs-Rath Schaefer in Potsdam und dem Bürgermeister Neuhner zu Ludau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Geheimen Regierungs-Rath Woblers, vortragenden Rath im Ministerium des Innern, und dem Pastor Schmidt zu Asfel, Amts-Freiburg in Hannover, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem ersten Mädchenlehrer und Küster Köhler zu Domitz im Kreise Torgau, dem Cantor und zweiten Knabenlehrer Hund ebendortselbst und dem Landdrostei-Bezellen Friede zu Stade das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen; den Oberpfarrer Albert Friedrich Wilhelm Fischer in Jelsar zum Superintendenten der Diöcese Jelsar, Regierungsbezirk Magdeburg, den Oberpfarrer Wilhelm Fischer in Langenmünde zum Superintendenten der Diöcese Langenmünde, Regierungsbezirk Magdeburg, den Oberpfarrer Gustav Ernst Pindernelle in Mühlhausen zum Superintendenten der Diöcese Mühlhausen, Regierungsbezirk Erfurt, und den Oberpfarrer Adolf Albert Hermann Schreder in Seebauken i. A. zum Superintendenten der Diöcese Seebauken i. A., Regierungsbezirk Magdeburg; sowie den Pfarrer Ludwig Otto Ferdinand Schellong zu Marggrabowa zum Superintendenten der Diöcese Oletzko, Regierungsbezirk Gumbinnen, ernannt. — Dem Herrn William M. Coleman ist Namens des Norddeutschen Bundes das Exequatur als Consul der Vereinigten Staaten von Amerika für Stettin ertheilt worden.

Breslau, 6. Aug. [Vorbereitungen für den Landtag.] Zur Verwaltung der hohenzollernschen Fürstenthümer. — Wechselstempelsteuer. — Die Vorschläge. Im Ministerium des Innern finden täglich Conferenzen statt und wird wohl nicht fehlgreifen, wenn man annimmt, daß in denselben die Entwürfe für die Verwaltungsreformen auf der Tagesordnung stehen, aus welchen die Vorlagen für den Landtag hervorgehen sollen. — In der jüngsten Landtagssession hat das Abgeordnetenhaus bei den Beratungen des Staatshaushaltes bekanntlich eine Resolution gefaßt, nach welcher die Staatsregierung ersucht werden sollte, der Landesvertretung mit der Vorlage des Etats für 1870 eine Nachweisung über die Arbeiten zugehen zu lassen, mit welchen die Gefangenen in den Strafanstalten und Gefängnissen beschäftigt werden. Um nun diese Vorlage vorzubereiten, sind die Regierungen von den vorgesetzten Behörden aufgefordert worden, diese Nachweisungen anzufertigen und zwar dabei sowohl auf die Beschäftigungen, welche für den eigentlichen Bedarf oder für Rechnung der Anstalt stattfinden, als auf diejenigen, welche für Dritte gegen Lohn stattfinden, Rücksicht zu nehmen. — Zur Zeit der Einverleibung der hohenzollernschen Fürstenthümer in die preussische Monarchie ist diesen Ländern eine eigene Verwaltungsorganisation gegeben und außerdem mit Rücksicht auf die dort bestehenden Verhältnisse dem Präsidenten des Staatsministeriums eine Obergewalt über die gesamte dortige Verwaltung zugewiesen und zugleich grundsätzlich festgestellt worden, daß sämtliche Erlasse der einzelnen Ressortministerien seiner hohen Cognition unterliegen sollen. Nachdem nun die Fürstenthümer seit einer Reihe von Jahren dem preussischen Verwaltungs-Organismus angehören und mit ihm innigst verschmolzen sind, ist es nicht mehr zeitgemäß erschienen, diese besondere Bestimmung fortzubauern zu lassen und ist deshalb der Präsident des Staatsministeriums von der Obergewalt dieser Verwaltung entbunden worden, so daß nun für jene Fürstenthümer die Ressortverhältnisse in derselben Weise zur Anwendung kommen, wie sie für die übrigen Landestheile bestehen. — Eine Bestimmung des Gesetzes vom 10. Juni d. J., betreffend die Wechselstempelsteuer im Norddeutschen Bunde, bezieht sich auf die nach Sicht zahlbaren Plazanweisungen, welche statt der Baarzahlungen dienen. Diese Plazanweisungen sind nämlich von den Stempelabgaben befreit, wenn sie ohne Accept bleiben. Nach dem Gesetz soll auch von dem Bundesrath nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse noch bestimmt werden, in welchen Fällen auch Anweisungen, welche an einem Nachbarort des Ausstellungsortes zahlbar sind, gleichfalls von den Stempelabgaben befreit werden sollen. Die Provinzialbehörden sind nun durch einen Erlaß des Finanzministers angewiesen worden, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob in den einzelnen Provinzen lokale Verhältnisse schwalten, welche bei diesen in Aussicht genommenen Anordnungen des Bundesraths zu berücksichtigen sein würden. — Auch nach dem diesjährigen Rechnungsbefehle, und zwar im Frühling d. J., ist, wie bei ähnlichen Veranlassungen schon oft in früheren Jahren von dem königlichen Finanz-Ministerium von Neuem Veranlassung genommen darauf aufmerksam zu machen, daß Vorschußzahlungen nur selten zu leisten seien, jedesmal vor Abschluß des Rechnungsjahres abgewickelt werden müssen und daß in den einzelnen Ausnahmefällen eine besondere Begründung und Rechtfertigung der noch nicht erfolgten Abwicklung erwartet werde. Von hier aus ist f. Z. auf diese Anordnung hingewiesen worden; nun gehört zu den irrthümlichen Mittheilungen einiger Blätter über die angeblich durch die gegenwärtige Finanzlage gebotenen Anordnungen des Finanzministeriums auch die Andeutung über die die Vorschußzahlungen beschränkende Verfügung an die Provinzial-Regierungen. Nun scheint zunächst über den Begriff und die Bedeutung von Vorschüssen nicht überall das richtige Verständnis zu bestehen. Unter Vorschüssen sind im Allgemeinen solche Zahlungen aus Staatsfonds zu verstehen, welche bei der Herausgabe zwar sofort gebucht, nicht aber zugleich bei den betreffenden Staatstiteln definitiv verrechnet werden; den Charakter von Darlehen oder willkürlichen Zahlungen tragen solche Vorschüsse auch nicht im Entferntesten. Dessenungeachtet muß jede ordnungsmäßige Finanzverwaltung möglichst zu verhindern suchen, daß überhaupt Vorschüsse gezahlt werden, weil dadurch die richtige Uebersicht über den wahren Bestand der einzelnen Staatstitel verdunkelt wird. Gänzlich vermeiden lassen sich allerdings derartige Vorschußzahlungen nicht, da nicht selten Ausgaben zu leisten sind, welche nicht aufgeschoben werden können, obgleich im Augenblick der Ausgabe noch nicht feststeht, wer der eigentlich definitive Zahlungspflichtige ist. Es können mannigfachen Ausgaben gleichzeitig verschiedene fiskalische Stationen, andere Corporationen, auch wohl Privatpersonen concurriren. Ist nun die augenblickliche Deckung solcher Ausgaben im öffentlichen Interesse, so wird die Zahlung vorläufig als Vorschuß angewiesen und erst später nach Ermittlung des eigentlich Verpflichteten definitiv verrechnet. Aus dieser Auseinandersetzung dürfte klar hervorgehen, daß die Anordnung, Vorschußzahlungen möglichst zu beschränken, in keinerlei Verbindung mit der gegenwärtigen Finanzlage steht, sondern in jeder geordneten Finanzverwaltung jederzeit getroffen werden muß.

Breslau, 6. Aug. [Zum Strike.] Noch ist der Strike der Berliner Maurergesellen nicht beendet, und schon machen sich bereits die Anzeichen einer neuen, wenn auch wohl nicht mehr in diesem, sich doch sicher im Beginn des nächsten Jahres an die Bauunternehmer herantrübenden Forderung bemerkbar. Unter den in kurzen Zwischenräumen während des gegenwärtigen Sommers einander folgenden Arbeitseinstellungen der Zimmerer

und der Maurer hat begreiflicherweise Niemand so schwer gelitten, wie die Bauarbeitersleute (Handlanger, Steinträger, Kalkschläger etc.), und in dem Bewußtse, daß es billig sei, für diese Opfer nun auch ihrerseits einen Antheil an den Ertragschancen der Lohnerböhung zu gewinnen, versammelten sich am Donnerstag Abend im Glogum etwa 150 dieser Arbeiter zu einer Vorberatung, in welcher sich vor Allem der Gedanke geltend machte, daß man Geld haben müsse, um irgend welche Action durchzuführen, und daß man dieses Geld nur durch die Gründung eines festen Verbandes erlangen könne. Es wurde unter dem Vorsitz des Steinträgers Müller ein provisorisches Comité zur Verfassung und Vorbereitung einer am Montag Abend in demselben Locale abzuhaltenden Generalversammlung aller Bauarbeitersleute Berlins eingeleitet und eine vorläufige Sammlung zu den hierbei entstehenden Unkosten veranstaltet. — Verschiedene später in der Versammlung erschienene Maurer plaidirten unter Beifall der Zuhörer für die Nothwendigkeit, zunächst durch Einmüthigkeit den Maurerreich zu unterstützen und versprachen dafür spätere Gegenunterstützung.

[Ministerial-Entscheidung.] Der Herr Minister für die geistlichen u. Angelegenheiten hat der „Erfeld. Ztg.“ zufolge in Betreff der Theilung kommunaler Kirchhöfe folgenden Befehl ergelassen: Eine lutherische evangelische Gemeinde (Prüm im Regierungsbezirk Trier) hat gegen den Beschluß der nur aus katholischen Mitgliedern zusammengesetzten Stadtverordneten-Versammlung protestirt, daß bei Erweiterung des seit 40 Jahren gemeinsam benutzten Communalkirchhofes der neue hinzugelegte Theil nach Confessionen abgetrennt werden sollte. Die kgl. Regierung in Trier hatte diesen Beschluß bekräftigt — das kgl. Consistorium rieth der evangelischen Gemeinde ebenfalls dazu, aber dieselbe reclamirte weiter. Der Herr Unterrichtsminister hat nun bestimmt, daß die Gemeinshaftlichkeit des alten, bisher von allen Confessionen benutzten Kirchhofes aufrecht zu erhalten sei, daß dagegen die Civildgemeinde Prüm befugt sei, auf dem jetzt zur Erweiterung des Kirchhofes bestimmten Terrain eine Abtheilung nach Confessionen eintreten zu lassen und daß der der Evangelischen nach der Regiminal-Verfügung der Regierung zu Trier zugewiesene Theil als ein würdiger Begräbnißplatz anzusehen sei.

[Prof. Dillmann.] Wie man der „Köln. Ztg.“ mittheilt, ist an Stelle des verstorbenen Hengstenberg als Professor der alttestamentlichen Theologie der Prof. Dillmann in Gießen an die hiesige Universität berufen worden.

[Beschlagnahme.] Nachträglich wurde die Dienstags-Nummer der „Zukunft“ ohne Angabe der Gründe mit Beschlag belegt. Es wurden hierbei nur noch ungefähr ein halbes Duzend Exemplare vorgefunden.

[Der neue Bahnhof] der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn wird nach offizieller Meldung am 16. d. Mts. für den Personenverkehr eröffnet.

Emß, 5. Aug. [Se. Maj. der König] traf gestern Abend 8 Uhr von Koblenz wieder hier ein, erschien aber nicht mehr in der französischen Opernvorstellung, sondern brachte bis 11 Uhr im Arbeitszimmer zu. Heute Morgen unterhielt sich der hohe Kurgast während der Brunnens-Promenade mit dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz v. Pommer-Esche, dem Flügel-Adjutanten des Großherzogs von Baden Rittmeister Göler von Ravensburg, welcher jetzt seine Rückreise antreibt, mit einigen russischen höheren Militärs etc. und nahm um 10 1/2 Uhr die Vorträge des Hofmarschalls Grafen Porponcher, des Geh. Hofraths Bock, des Militär-Cabinetts, des Wirkl. Geh. Legat.-Raths Abeken entgegen. Hierauf hatten die Ehre des Empfanges der Staatsminister a. d. v. Bethmann-Hollweg und der Oberst-Schenk Prinz Byron von Kurland, welche hier eingetroffen sind, um dem Könige ihre Aufwartung zu machen. Zum Diner hatten auch die Officiere vom Regiment Königs-Husaren zu Bonn Einladung erhalten, die ihre Trompeter mitgebracht hatten, um vor dem erhabenen Regiments-Chef zu concertiren. — Für den Aufenthalt in Emß hat der König nur noch wenige Tage bestimmt. Schon am 9. ist die Fahrt nach Koblenz angedeutet, und von dort geht es dann nach Wiesbaden, woselbst indes der Besuch nur kurz sein wird, da die bevorstehenden Truppen-Inspectionen, die von Homburg aus unternommen werden, eine längere Anwesenheit des Königs daselbst bedingen. — Der Herzog von Oldenburg wird heute Nachmittags auf seiner Besichtigung Schaumburg erwartet.

Emß, 6. August. Im Laufe des gestrigen Tages empfing Se. Maj. der König den Herzog Carl von Oldenburg-Sonderburg, den Herrn v. Bethmann-Hollweg, sowie den diesseitigen Gesandten in Florenz, Grafen Brasser de St. Simon. Der Herzogin von Sagan, welche Abends nach Frankreich abreiste, gab der König auf den Bahnhof das Geleit.

Emß, 6. August. [Reiseplan.] Nach den bis jetzt getroffenen Dispositionen begiebt sich Se. Maj. der König am Sonntag von hier nach Coblenz und verweilt daselbst zwei Tage. Von dort reist der König über Wiesbaden nach Homburg, wo ein achtägiger Aufenthalt in Aussicht genommen ist. Auf der Rückreise nach Berlin wird Se. Maj. Hanau, Darmstadt, Frankfurt a. M. und Gießen berühren. In allen diesen Orten finden Truppenbesichtigungen statt. Nach einem zweitägigen Aufenthalte in Kassel begiebt sich der König nach Magdeburg und trifft über Rötzen, wo ebenfalls eine Truppeninspection angesagt worden ist, am 25. in Berlin wieder ein.

Frankfurt a. M., 6. August. [Se. Majestät der König von Sachsen] traf heute auf seiner Reise nach Darmstadt hier ein. Der König bleibt bis morgen in Darmstadt, kehrt dann über Frankfurt wieder zurück.

Grünstadt (Baiern), 1. Aug., Nachm. 3 Uhr. [Confessionsschulen.] Bei soeben beendeter Abstimmung der Protestanten über Einführung von Communalschulen dahier haben von 398 Stimmberechtigten 365 ihre Stimmen dafür, Niemand dagegen abgegeben.

— 5 1/2 Uhr Nachm. Katholiken-Abstimmung: Stimmberechtigt 170, dafür 114, dagegen 1. Großer Jubel, da die Abstimmung der Israeliten nicht zweifelhaft.

Österreich.

Wien, 6. Aug. [Von einer geheimen Zusammenkunft des Kaisers von Österreich mit dem Kronprinzen von Preußen] giebt ein hiesiger Correspondent des „Neuen Freien Blattes“ der überraschten Welt Kunde. Der Mann ist selbst ganz erschüttert von der fabelhaften Nachricht, welche er mitzuthellen hat, indem er schreibt:

„Ich bin in der eigenthümlichen Lage, Ihnen eine Nachricht mitzutheilen, deren Wichtigkeit ich selbst in diesem Augenblicke noch gar nicht ab-

sehen kann. Am 23. v. M. enthielten die hiesigen Blätter die Notiz: Der Kaiser habe am 22. Abends einen bis zum 26. Juli dauernden Ausflug nach Jschl unternommen. Diese Nachricht hatte an sich gar nichts Auffallendes und ist daher vollständig unbeachtet geblieben; sie gewinnt indessen an Bedeutung, sobald man erfährt, daß der Kronprinz v. Preußen am 21. Nachm. ebenfalls in Jschl eingetroffen war. Daß die Reise des Kronprinzen nach Jschl irgend welche Bedeutung haben muß, ist um so weniger zu bezweifeln, als derselbe in Jschl bereits eine gewisse Beziehung das strengste Incognito gewahrt hat. Er war im Hotel Victoria in Jschl abgeblieben und hat daselbst erst wieder einige Tage später verlassen, so daß er also gleichzeitig mit dem Kaiser in Jschl war. Man konnte an diese durchaus verbürgte Nachricht die weitgehendsten politischen Combinationen knüpfen; ich glaube indessen, daß die Ereignisse selbst sehr bald die Erklärung der Thatsache geben werden, und enthalte mich daher des Weiteren. Sollte übrigens von irgend einer Seite der Versuch gemacht werden, dieselbe zu demontiren, so bin ich bereit, noch Details meiner Mittheilung anzufügen, welche die Richtigkeit derselben über allen Zweifel erheben müssen.“ (Wien. Volksz.)

Krautau, 5. Aug. [Ueber den Fortgang der gerichtlichen Untersuchung gegen die Carmeliterinnen.] So eben erfahre ich, daß der hiesige Gerichtshof über conformen Antrag des Untersuchungsrichters und des Staatsanwaltes den objectiven Thatbestand des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit als constatirt annahm, den inhaftirten Nonnen den Beschluß der Special-Untersuchung wegen dieses Verbrechens publiciren ließ und ihre Inhaftirung als gerechtfertigt erklärte. Die Nonnen ergriffen dagegen den Recurs. Bezüglich des P. Julian Kozubski wollte der Gerichtshof auf Mithshuld am Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit nicht eingehen und beschloß dessen Befreiung. Der Staatsanwalt recurrirte gegen diesen Beschluß, weshalb P. Kozubski einweisen noch in Haft verbleibt. Die Hälfte der Carmeliterinnen ist bereits vernommen. Zwei verehelichte Schwestern der Barbara Ubrzyt sollen aus Warschau in Krautau angelangt und bereits protokolllarisch vernommen worden sein, worauf sie in Gegenwart des Untersuchungsrichters mit Barbara Ubrzyt confrontirt wurden. (W. Volksz.)

Prag, 5. August. [Maßnahmen gegen Demonstrationen.] In den meisten hiesigen Klöstern waren bis heute auf Ersuchen der Klosterstände von den Behörden Sicherheits-Maßregeln getroffen, zur Verhütung von Demonstrationen, welche die Klosterbewohner befürchten. Gegenüber der lebhaften Agitation für die Aufhebung der Klöster haben die Clericalen beschloffen, Demonstrationen für das Klosterwesen in Scene zu setzen. Die katholischen Vereine von Oberösterreich wollen den Anfang machen und am 10. und 11. d. M. an dem romantischen Ufer des Gmundnersees eine große Versammlung halten, zu welcher als geladene Gäste der Bischof Rudiger von Linz, P. Greuter aus Tirol, und P. Bremer aus Wien erwartet werden. (Volksz.)

Schweiz.

Bern, 3. Aug. [Zur Alpenbahnfrage.] Die von den Bündener Abgeordneten in die Bundesversammlung vorgestellten nach Zufuß ausgeschriebenen gemeinen Versammlung war von ca. 130 Grobkräften, Gemeindebevollmächtigten und anderen einflussreichen Personen besucht. Nationalrath von Planta eröffnete die Verhandlung mit einer kurzen Schilderung des Standes der Splügenbahnfrage, welcher Ständerath Peterelli eine Schilderung der Parteigruppierung im Ständerath bei Verhandlung der Alpenbahn-Concessionen folgte. Nachdem noch Nationalrath Babier zu einer energischen Protestation gegen das unconstitutionelle Auftreten des Bundespräsidenten Berti und des Bundesraths Schenk aufgefordert, Regierungsrath Condran die Thatsachen des Unterlandes gemahnt hatte, nicht hinter dem Oberlande zurückzubleiben, das seiner Zeit eine Million für den Zuluemaner votirt habe, und noch ein anderer Redner den Bundes-Abgeordneten für ihr energisches Auftreten in den eidgenössischen Räten gebannt hatte, wurde einstimmig beschloffen, an alle beteiligten Gemeinden die Aufforderung zu erlassen, die Expropriationen für den Bau der Splügenbahn zu ihren Lasten zu übernehmen und eine Siebener-Commission behufs sofortiger Vermittelung der bezüglichen Erklärungen zu bestellen und sodann den Kleinen Rath zu ersuchen, alle für die Ausführung der Splügenbahn erforderlichen Maßregeln zu ergreifen und die Machtstellung des Cantons Graubünden gegenüber der Eidgenossenschaft mit aller zu Gebote stehenden Energie zu wahren und zu verteidigen. Die Bündener wollen beweisen, daß ihr Splügenbahn-Projekt wirklich ernst gemeint ist. (R. Z.)

Spanien.

Madrid. [Zur carlistischen Bewegung. — Cuba.] Während der „Imparcial“ versichert, daß Don Carlos vorläufig auf seine Entwürfe verzichtet und seinen Anhängern befohlen habe, sich ruhig zu verhalten, weil das Land an der Bewegung sich nicht betheiligen habe, lassen sich die französischen Blätter von dem Auftreten neuer carlistischer Banden in den Provinzen Toledo, Leon und Burgos melden, die von Geistlichen angeführt wurden. Bei Bilbao soll an der baskischen Küste eine Waffensendung, für die Carlisten bestimmt, glücklich gelandet worden sein. Die in der amtlichen Zeitung mitgetheilten Nachrichten der Regierung constatiren, daß in der Mancha die carlistischen Banden noch immer mit Eifer verfolgt werden. — Von officiöser Seite wird das Gerücht dementirt, daß Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten stattfänden, welche sich auf die Anerkennung der Unabhängigkeit Cuba's von Seiten Spaniens bezögen. Der neue Gesandte der Vereinigten Staaten in Spanien, Mr. Scales, habe durchaus keine derartige Mission von seiner Regierung erhalten und die spanische Regierung sei weit entfernt von jeder Idee dieser Art. Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Decret, welches den Contre-Admiral Pavia zum Vice-Admiral ernannt.

Amerika.

Newyork, 22. Juli. [Zur cubanischen Frage. — Der Präsident. — Die Telegraphenfrage. — Zur Chinesenfrage.] Von Cuba, schreibt die hiesige „Handelsztg.“, nichts sonderlich Neues. Die Neuigkeiten, welche die Cubaner von hier erhalten, können ihnen nicht sehr gefallen, denn denen, welche ihnen von hier aus zu Hilfe kommen möchten, wird arg mitgespielt. Die vor Kurzem verteilte Expedition sammelte sich wieder auf Gardiner's Island, einer Insel in der Nähe von Newyork, unter dem Commando des allgegenwärtigen und doch nirgends zu findenden Obersten Ryan. Sobald man dies in Washington erfuhr, wurde der Befehl ertheilt, unter allen Umständen derartige Gesetzesübertretungen zu verhindern und nöthigenfalls jede erforderliche Anzahl von Truppen und Schiffen zu requiriren. Eine Abtheilung von Marinesoldaten wurde nach der Insel geschickt und nahm den größten Theil der dort Campirenden gefangen. Der Rest flüchtete sich auf das hinter Hoboken liegende Plateau von New-Jersey, schlug daselbst ein neues Lager auf und ging dabei eben nicht sehr heimlich zu Werke. Schon in der zweiten Nacht erschien eine Compagnie von Onkel Sam's Soldaten und hob das Nest aus, zur großen Freude der Umherwohnenden, welche bemerkt haben wollen, daß die Freiheitkämpfer unter einer bedauerlichen Begriffsverwirrung hinsichtlich

